

## Zu Ambivalenzen politischen Handelns in der Sozialen Arbeit<sup>1</sup>

**Marc Diebäcker (Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit GmbH.)**

**Zur Ausgangslage:** Im deutschsprachigen Raum existieren keine tiefer gehenden Studien, die sich dem Politikverständnis, dem politischen Aktionsrepertoire oder der politischen Vermittlungsarbeit von SozialarbeiterInnen gewidmet hätten. Wird jedoch das Verhältnis der Sozialen Arbeit zum Politischen angesprochen, entpuppt es sich als höchst sensibler Punkt, der die Gemüter erregt. So geschehen im Frühjahr 2000 bei der Konferenz „Soziale Arbeit hat Zukunft“ in Potsdam, sodass im Nachhinein von „Sozialarbeitswissenschaft im Streit“, „Fliegenden Fetzen“ oder „Die Luft brannte“ die Rede war (vgl. Sozial Extra 5/6, 2000, Merten 2001<sup>a</sup>).

Ziel des folgenden Artikels ist es, nach einer Anmerkung zum Politikbegriff und -verständnis einige oft ins Feld geführte Argumente, wenn es um Ambivalenzen politischen Handelns in der Sozialen Arbeit geht, darzulegen. Anhand eines kurzen Blicks auf einschneidende Veränderungen in der Gesellschafts- bzw. Sozialpolitik und in der Sozialen Arbeit, die unter dem ideologischen Paradigma des Neoliberalismus eingeführt werden, wird abschließend für eine stärkere politische Positionierung der Sozialen Arbeit plädiert.

**Dominanz eines engen Politikbegriffs:** Es fällt auf - und dies bedürfte sicher einer genaueren Prüfung -, dass SozialarbeiterInnen, ihre ProfessionsvertreterInnen oder AusbildungsleiterInnen überwiegend von Politik reden bzw. schreiben, wenn das Handeln und Entscheiden von PolitikerInnen oder VerwaltungsmitarbeiterInnen - also von AkteurInnen des formalisierten Politischen Systems - gemeint ist. Auch wenn die Situationen in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern nur schwer zu vergleichen sind, stellen sich soziale Organisationen und ihre MitarbeiterInnen in der Öffentlichkeit selten als politische Akteure dar. Und auch in der Ausbildung zur SozialarbeiterIn ist Politikwissenschaft als Bezugswissenschaft eher marginal vertreten. Politik scheint also nicht innerhalb, sondern tendenziell eher außerhalb des Selbstverständnisses Sozialer Arbeit zu liegen.

Ohne auf verschiedene Politikbegriffe innerhalb der Politikwissenschaft selbst einzugehen, scheint ein weiter Politikbegriff, der wirtschaftliche, kulturelle und soziale Angelegenheiten als politisch definiert und damit grundsätzlich zur öffentlichen Debatte erklärt (vgl. Heywood 2002, 4-12), der Sozialarbeit in ihrem beruflichen und disziplinären Selbstverständnis eher fremd zu sein. Dies verwundert um so mehr, da SozialarbeiterInnen sich dem „Recht auf Selbstbestimmung“ und der „Miteinbeziehung und volle(n) Beteiligung“ (IFSW, 2005, 4.1) ihrer KlientInnen verschrieben haben. Denn gerade ein weites Verständnis von Politik, das soziale Interaktionen von einzelnen Menschen, Gruppen oder sozialen Bewegungen als politische Aktivität begreift - sei es in einer republikanischen, marxistischen oder feministischen Tradition -, entfaltet so seine emanzipatorische Kraft.

**Bemühen um Distanz: Abspaltung oder Integration des Politischen?** Im Jahre 2001 griff Roland Merten die Frage auf, „ob die Soziale Arbeit heute noch ein politisches Selbstverständnis hat“, und trug einige Positionen in einem Sammelband zum „politischen Mandat“ zusammen (Merten 2001<sup>a</sup>). Auch wenn der Begriff des politischen Mandats (lat. aus der Hand gebend) selbst höchst fragwürdig ist, offenbaren die dort versammelten Beiträge eine Unklarheit der Sozialarbeitswissenschaft zum Politischen. Verkürzt lassen sich die Positionen der SkeptikerInnen und BefürworterInnen von politischem Handeln in der Sozialen Arbeit folgendermaßen charakterisieren.

Erstere bemühen sich um Distanz zur Politik, indem sie das Fachliche der Sozialarbeit vom Politischen trennen. Aus der fachlich-professionellen Rolle von SozialarbeiterInnen wird keine direkte Begründung für politisches Handeln abgeleitet. Die für jeden Menschen geltende in-

---

<sup>1</sup> Erscheint in leicht geänderter Fassung in SIÖ 3/2006

dividuell-demokratiepolitische Begründung politischen Handelns wird nicht angesprochen und damit implizit ins Private ausgelagert. Das Verständnis dieser ProponentInnen ist von einer politisch eher reaktiven und fremdbestimmten Haltung geprägt, ein enger Politikbegriff wird als Abgrenzung von Politik und Sozialer Arbeit favorisiert (vgl. Müller 2001, 149). Roland Merten begründet Bezug nehmend auf die deutsche Entwicklung der 70er und 80er Jahre seine skeptische Haltung folgendermaßen: „Dass die Politik selbst die Soziale Arbeit - entgegen einer gleichermaßen moralisch überhöhten wie politisch selbstgefälligen Größenfantasie - auf ihre höchst begrenzten Möglichkeiten zurückgestutzt hat, sollte zumindest in Erinnerung gerufen werden.“ (Merten 2001<sup>b</sup>, 97)

Auf der anderen Seite stehen VertreterInnen, die sich bemühen, Fachlichkeit und Politik in der Sozialarbeit zu verbinden. Ihr Ziel ist es, zu einer stärkeren Politisierung der Sozialarbeit beizutragen, um dadurch eine kritische Distanz von ihren überwiegend staatlichen Financiers und ihren engen Aufträgen zu schaffen. Zugleich sollen soziale Organisationen und ihre MitarbeiterInnen in der Öffentlichkeit Stellung zu Fragen sozialer Gerechtigkeit beziehen (vgl. Kunstreich 2001). Politisches Engagement von SozialarbeiterInnen wird nicht nur aus einer individuell-demokratiepolitischen Perspektive legitimiert, sondern aus der besonderen professionellen und gesellschaftspolitischen Position von SozialarbeiterInnen begründet. Das Verständnis dieser VertreterInnen ist als politisch aktiv zu bezeichnen, ein weiter Politikbegriff wird offensiv vertreten (vgl. dazu z.B. Staub-Bernasconi 1995, Schneider 2001, Cremer-Schäfer 2001). Richard Sorg meint stellvertretend: „In all diesen [sozialen] Problemen und Debatten haben die jeweiligen Professionellen eine besondere gesellschaftliche, politische Verantwortung nach Maßgabe ihrer Kompetenzen.“ (Sorg 2001, 50)

Gemeinsam ist beiden Positionen, dass sie sich für mehr Distanz der Sozialen Arbeit zum formalisierten Politischen System - insbesondere hinsichtlich strikter Aufträge von sozialpolitischen Financiers - einsetzen. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass die SkeptikerInnen das Fachliche vom Politischen mittels eines engen Politikbegriffs trennen wollen, während die BefürworterInnen genau darin die Gefahr einer weiteren Entpolitisierung sehen und mittels eines weiten Politikbegriff sich genau entgegengesetzt für die Integration von Politik und Soziale Arbeit einsetzen. Aus dem Blickwinkel partizipatorischer oder kritischer Demokratietheorie muss den SkeptikerInnen vorgeworfen werden, dass sie sich auf eine reaktive, nicht gestaltende Position von Sozialer Arbeit zurückziehen. Zudem lässt sich aus historischer Sicht begründen, dass wenn das Politische in der Vergangenheit abgespalten wurde, entpolitisierte Räume entstanden und dies in der Regel der Rechtfertigung oder Durchsetzung von Herrschaftsstrukturen diene. Die Trennung zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten und die „Verbannung“ der Frau in die Familienarbeit soll dafür als Beispiel genügen.

Einige Gründe für das Spannungsverhältnis von Sozialer Arbeit und Politik scheinen in der Beschaffenheit der Profession bzw. Disziplin selbst zu liegen. In der Folge werden einige Aspekte komprimiert dargestellt, die seit den 70er Jahren in der Literatur zu finden sind. Trotz der unterschiedlichen Situation in sozialarbeiterischen Handlungsfeldern und der heterogenen österreichischen Organisations- und Finanzierungslandschaft umreißen sie Bezug nehmend auf das „Doppelte Mandat“ der Sozialen Arbeit einige zentrale Konfliktlinien:

**a. Die Ohnmachtsthese:** Das Doppelte Mandat in der Sozialen Arbeit ist von Aufträgen politisch-administrativer Financiers und KlientInnen gekennzeichnet und ist daher durch ein ständiges Spannungsverhältnis von Hilfe und Kontrolle geprägt. Diese „Sandwichposition“ produziert bei SozialarbeiterInnen oft Resignation und Ohnmachtsgefühle. Eine eigene, kritisch-reflektierte und aktive Position zwischen beiden Richtungen des Auftragsverhältnisses einzunehmen, fällt oftmals schwer. Das bedeutet: Aufgrund von Ohnmachtsgefühlen kann die politische Gestaltungskraft von SozialarbeiterInnen gering sein (vgl. hierzu z.B. Böhnisch/Lösch 1973, Kunstreich 2001).

**b. Die Konfliktvermeidungsthese:** Aufgrund der teilweise strikten Auftragserteilung von politisch-administrativer Seite bemühen sich SozialarbeiterInnen um Distanz und die Sicherung individueller Spielräume. Oft liegt dies begründet in einer ethischen Haltung, den Bedürfnissen und Erfordernissen der KlientInnen so besser gerecht werden zu können. Das Spannungsverhältnis

von Kontrolle und Hilfe wird also individuell und fallbezogen ausbalanciert. Allerdings wird dadurch die politische Konfliktbearbeitung umgangen, kollektivierbare Lösungen und strukturelle Verbesserungen für KlientInnen werden unterlassen (vgl. Böhnisch/Lösch 1973). Das bedeutet: Eine Auseinandersetzung zwischen dem Widerspruch staatlicher oder organisationsspezifischer Aufträge und den Erfordernissen von KlientInnen wird nicht wahrgenommen, politisches und strukturveränderndes Handeln von SozialarbeiterInnen kann daher nicht stattfinden.

**c. Die Sachverständigenthese:** Im Spannungsverhältnis des Doppelten Mandats ziehen sich SozialarbeiterInnen teilweise auf eine rein fachliche ExpertInnenrolle zurück. An SozialarbeiterInnen von außen herangetragene Aufträge - also von KlientInnen sowie VertreterInnen des politisch-administrativen Systems - werden je nach Bedarf fachlich „neutral“ erfüllt oder „gemanaged“. Eine starke Außenorientierung in Kombination mit Konfliktvermeidungsbestrebungen kann eine eigene klare ethische Haltung oder individuelle Position in Konfliktfragen behindern. Fachlich versiert, aber „eigenschaftslos“ werden SozialarbeiterInnen dann zur „Gelenkschmiere“ zwischen den beiden Anspruchsgruppen. Machtverhältnissen werden dann nicht genügend reflektiert bzw. ignoriert. Sie werden so zu VollzieherInnen des machtvolleren - in der Regel des institutionalisierten politisch-administrativen - Auftrags. In diesem Fall tragen SozialarbeiterInnen, da sie keine eigene kritische und politisch-reflektierte Position entwickeln, zu einseitiger Machtdurchsetzung gegenüber den KlientInnen und zur Legitimation von Herrschaft bei (vgl. z.B. Otto 1973, Kunstreich 2001, Sorg 2001).<sup>2</sup>

**d. Die gesellschaftsstrukturelle Ignoranzthese:** Der Sozialarbeit im deutschsprachigen Raum werden seit den 70er Jahren immer wieder ein mangelndes Verständnis, fehlende Reflexion oder ausbleibende Vermittlung von Wirkungszusammenhängen gesellschaftlicher Bedingungen auf das Individuum vorgeworfen. Dabei wird z.B. auf die Psychotherapeutisierungsbewegung der 70er und 80er Jahre oder die starke Methodenzentrierung der 80er und 90er Jahre hingewiesen. Letztendlich wird behauptet: SozialarbeiterInnen gewinnen mit ihren Diagnose-, Methoden- und Technikkompetenzen Sicherheit und Selbstbewusstsein im Rahmen der Einzelfallarbeit. Allerdings geht ihnen in der Konzentration auf die einzelne Person der Blick für die gesellschaftliche Bedingtheit individueller Problemlagen verloren (vgl. hierzu z. B. Peters 1973, Otto 1973). Das bedeutet: Obwohl SozialarbeiterInnen in der Einzelfallarbeit die biographischen Zusammenhänge ihrer KlientInnen kennen und damit oftmals die besten Zeugen gesellschaftlich-strukturell bedingter Ursachen von psychosozialen und materiellen Problemlagen sind, tragen sie nicht genügend dazu bei, dieses Wissen politisch zu vermitteln und versäumen, zur strukturellen Besserstellung von benachteiligten Menschen ihren Beitrag zu leisten.

Die schwierige Konstellation des Doppelten Mandats und das ständige Ausbalancieren der oftmals widersprechenden Anforderungen von Staat und KlientIn an die SozialarbeiterIn können dazu führen, dass ihnen politisches Handeln im beruflichen Alltag als nicht zu bewältigende Herausforderung erscheint. Insbesondere dann, wenn die SozialarbeiterIn es nicht schafft, eine eigene kritisch-reflektierte und ethische Haltung in der „Sandwichposition“ einzunehmen und dabei mit dieser Herausforderung im Arbeitskontext allein gelassen wird.

Warum sind SozialarbeiterInnen aus ihrer professionellen Tätigkeit heraus heute stärker gefordert politisch zu handeln als früher? Warum sollen soziale Problemlagen oder verallgemeinerbare Lebenssituationen und Interessen von KlientInnengruppen überhaupt stärker in der politischen Öffentlichkeit artikuliert und vermittelt werden?

---

<sup>2</sup> Zur „gelenkschmierigen“ Ausblendung von historischen, ideologischen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen einer „eigenschaftslosen“ Sozialarbeit siehe Beitrag von Josef Bakic in Reaktion auf Heiko Kleve in SIÖ 2006/1

### **1. Individualisierung gesellschaftlicher Risiken**

Die aktuelle Debatte zum „Um- bzw. Abbau des Sozialstaates“ wird auch in Österreich unter neoliberalen Vorzeichen geführt. Unter dem Schlagwort „Modernisierung“ wird die Verbilligung und Vermarktung des Sozialstaats vorangetrieben. Ausmaß und Form staatlicher Interventionen im Sozialbereich werden dabei neu geordnet. Das betrifft nicht nur Einschnitte bei den materiellen Leistungen der Sozialen Sicherungssysteme, sondern auch die personenbezogenen sozialen Leistungen - also in vielen Handlungsfeldern das Mark der Sozialarbeit selbst. Es kommt zu Einschnitten hinsichtlich materieller oder psychosozialer Unterstützungen von KlientInnen mit der Folge, dass benachteiligte Personengruppen stärker an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Während KlientInnen dem neoliberalen Sprech folgend (oft pseudo-emanzipativ) als rein rational handelnde KundInnen titulierte werden, werden gleichzeitig die derzeit wachsenden gesellschaftlich produzierten Risiken individualisiert und einseitig auf Schultern Einzelner abgewälzt. Gerade sozialarbeiterische Zielgruppen sind, indem an ihre Eigenverantwortung appelliert wird, von Leistungskürzungen und langfristigen Ausschlussprozessen bedroht. Der arbeitsmarktpolitische Bereich mit seinen Leistungsverträgen und fixen Vermittlungsquoten zeigt dies nur zu deutlich (vgl. Hammer 2006).

### **2. Ent-Öffentlichung und die Privatisierung gesamtgesellschaftlicher Probleme**

Die neuen Privatisierungs- bzw. Ausgliederungstendenzen führen u.a. dazu, dass mit der zunehmenden privaten Leistungserbringung sozialer Dienste auch soziale Themen und Problemfelder, die zuvor als öffentlich-politische bzw. rechtsstaatliche Angelegenheiten verstanden wurden, stärker in die marktwirtschaftliche Privatsphäre verlagert werden. Damit werden für die Gesellschaft zentrale politische Fragen der öffentlichen Meinungsbildung entzogen und tabuisiert. (vgl. Kessl/Otto 2002)

Diese Entpolitisierungstendenz wird u.a. dadurch begünstigt, dass sich Abhängigkeiten sozialer Organisationen gegenüber ihren politisch-administrativen Financiers vergrößern und innerhalb der Organisationen Tendenzen der stärkeren Hierarchiebildung erkennbar werden. Möglichkeiten von SozialarbeiterInnen im beruflichen Kontext politisch zu handeln werden, abgesehen von den meist geringen Ressourcen für politische Öffentlichkeitsarbeit, damit engere Grenzen gesetzt.

### **3. Effizienz- und Kostenorientierung des Politisch-administrativen Systems**

Auf politisch-administrativer Ebene wird mit dem Einsatz von New Public Management - gängige Schlagworte sind KundInnenorientierung, Kontraktmanagement, Qualitätsmanagement oder Vergabeverfahren - der Kostenfaktor als maßgebliches Erfolgskriterium von Sozialer Arbeit eingeführt (vgl. Dimmel 2006). Wettbewerb und Konkurrenz im Sozialbereich werden zu Grundprinzipien der Organisation. Auf Verwaltungsebene werden soziale Leistungen detailliert als Produkte beschrieben, und es werden Preise zugeordnet, die je nach budgetärer Lage und Prioritätensetzung dann finanziert bzw. eben auch gestrichen werden. Leistungsverträge mit sozialen Organisationen werden daher vielerorts nur noch für kurze Zeiträume abgeschlossen, damit aus Sicht politisch-administrativer Akteure flexibel auf finanzielle Engpässe reagiert werden kann.

### **4. Spezialisierung Sozialer Organisationen als Folge von Wettbewerb und Konkurrenz**

Soziale Organisationen selbst reagieren auf diese Situation mit zunehmender Spezialisierung, um über neue „maßgeschneiderte“ und „treffsichere“ Projekte und Maßnahmen der Konkurrenz und dem Kostendruck auszuweichen. Das für den Sozialbereich übliche und produktive Kooperationsverhalten der Einrichtungen untereinander wird zunehmend brüchig, was weit reichende Folgen für die Profession und Disziplin mit sich bringt. Denn in Abgrenzung zu den neuen KonkurrentInnen im Sozialen werden klar umgrenzte KlientInnengruppen definiert, „maßgeschneiderte“ Projekte „designed“ und von „spezialisierten“ MitarbeiterInnen „ergebnisorientiert“ implementiert. Die wachsenden Konkurrenzierungen aller sozialverwandten Berufe und das Anschwellen spezialisierter Zertifikatslehrgänge oder zersplitterter Formen der Sozialarbeitsausbildung sind in Deutschland bereits ein deutliches Zeichen für das Zerfransen von Profession und Disziplin (vgl. dazu BUKO 2005).

## 5. Steigender Rechtfertigungsdruck auf SozialarbeiterInnen

Innerhalb der Organisationen ist der Kostendruck zunehmend spürbar und äußert sich in einem wachsenden Rechtfertigungsdruck, wie viele **SozialarbeiterInnen** berichten. Sie stehen vor der Herausforderung - z. B. bei Prozessen des so genannten „Qualitätsmanagements“ detailliert darlegen zu müssen, was sie tun, wie sie es tun und warum sie es tun. Am besten soll die Arbeit mit KlientInnen auch noch im Vorhinein klar definierbar und dann eindeutig messbar sein. Und es zeigt sich auch, dass SozialarbeiterInnen dieses fachliche Argumentieren - oft gegenüber berufsfremden AkteurInnen - nicht immer leicht fällt (vgl. Kompetenzzentrum 2006, Bakic/Jovanov/Kellner 2006).

## 6. Das Doppelte Mandat gerät aus der Balance

Das Doppelte Mandat - für viele ein zentrales (wenn auch komplexes) Identitätsmerkmal – gerät offenbar in immer mehr Auftragsverhältnissen aus der Balance: Der Hilfe- bzw. Unterstützungsaspekt für KlientInnen scheint gegenüber dem staatlichen Kontroll- und Disziplinierungsaspekt zu „schwächeln“ und in die Defensive zu geraten. SozialarbeiterInnen sind stärker unter Druck, einseitig Vorgaben gegenüber KlientInnen machtvoll durchzusetzen und zur Legitimation von neoliberaler Politik beizutragen.

Angesichts dieser Lage - und Entspannung ist nicht in Sicht - wird hier bewusst für ein politisches Handeln in der Sozialen Arbeit plädiert. Dabei müssten zunächst ein Diskurs zum politischen Selbstverständnis geführt und die Funktion von Sozialer Arbeit in ihrer ideologischen und gesellschaftspolitischen Verhaftung sowie den damit verbundenen Herrschafts- und Machtstrukturen problematisiert werden. Des Weiteren sollten die Bedingungen, die professionelles und politisches Handeln zunehmend erschweren, dargestellt und aktiv in die öffentliche Debatte eingebracht werden, da sonst jeder Qualitäts- oder Professionalisierungsdiskurs in Zukunft ad absurdum geführt wird. Zudem sollten Berührungspunkte zu VertreterInnen des politisch-administrativen Systems abgelegt werden, das Gespräch gesucht und politisch aktiv für eine Sozialpolitik argumentiert werden, die ihren Namen auch verdient. Und letztlich sollte Soziale Arbeit dazu beitragen, politische Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten von KlientInnen zu stärken, damit ihre Gestaltungsmacht wächst und gesellschaftliche soziale Problemlagen authentisch und selbstbestimmt vermittelt und wahrgenommen werden. Wie Hannah Arendt schon 1958 sagte: „Gewonnen wird die Humanität nie in der Einsamkeit [...]. Nur wer sein Leben und seine Person mit in das Wagnis der Öffentlichkeit nimmt, kann sie erreichen.“

### Literatur:

- Arendt, Hannah (1958): Laudatio auf Karl Jaspers, in: dies. (1989): Menschen in finsternen Zeiten, 91.
- Bakic, Josef (2006): Zu „wertfreien“ Umdeutungsversuchen der Sozialarbeit. In: SIÖ 1/2006, 6-38
- Bakic, Josef/Jovanov, Boban/Kellner, Johannes (2006): Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern - heute - morgen. Eine Dokumentation der Projektphase Gestern. [www.sozialarbeit.at](http://www.sozialarbeit.at), Stand 6.4.2006
- Böhnisch, Lothar/Lösch, Hans (1973): Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 1. Band. Neuwied. 21-40.
- BUKO (Bundeskongress Sozialer Arbeit) (2005): Münsteraner Erklärung: Die Zukunft der Sozialen Arbeit gemeinsam gestalten: Zu den Aufgaben der Hochschulen in der Neubestimmung der Qualifizierungslandschaft
- Cremer-Schäfer, Helga (2001): Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Sozialen Arbeit. In: Merten, Roland (Hg.) (2001<sup>a</sup>): 55-70.
- Dimmel, Nikolaus (2006): Verbetriebswirtschaftlichung, Professionalisierung und sozialpolitisches (Doppel)Mandat - ein Bermuda-Dreieck der Sozialen Arbeit? [www.sozialarbeit.at](http://www.sozialarbeit.at), Stand 6.4.2006

- Kessler, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2002): Entstaatlicht? Die neue Privatisierung personenbezogener sozialer Dienstleistungen. In: neue praxis 2/2002, 122-139
- Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit (2006): Protokoll vom Workshop „Vom Umgang mit fachlichen Traditionen in der Sozialarbeit - oder: Wie packe ich einen Rucksack?“ am 16.2.2006. [www.sozialearbeit.at](http://www.sozialearbeit.at) Stand 5.5.2006
- Kunstreich, Tim (2001): Vom Missverständnis eines politischen Mandats Sozialer Arbeit. In: Merten, Roland (Hg.) (2001<sup>a</sup>): 121-130.
- Hammer Elisabeth (2006): Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Dienste der Standortsicherung - Aspekte einer grundlegenden Transformation. In ATTAC (Hg.) (2006): Standortwettbewerb: Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Wien
- International Federation of Social Workers (IFSW) (2006): Ethics in Social Work, Statement of Principles. [www.ifsw.org/en/p38000324.html](http://www.ifsw.org/en/p38000324.html), Stand 10.5.2006
- Merten, Roland (Hg.) (2001<sup>a</sup>): Hat soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen.
- Merten, Roland (2002<sup>2</sup>): Politisches Mandat als (Selbst-)Missverständnis des professionellen Auftrags Sozialer Arbeit. In: ders. (Hg.) (2001<sup>a</sup>): 89-100.
- Müller, Siegfried (2001): Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig. In: Merten, Roland (Hg.) (2001<sup>a</sup>): 145-152.
- Otto, Hans-Uwe (1973): Professionalisierung und gesellschaftliche Neuorientierung. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 2. Band. Neuwied. 247-261.
- Peters, Helge (1973): Die politische Funktionslosigkeit der Sozialarbeit und die „pathologische“ Definition ihrer Adressaten. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. 1. Halbband. Neuwied. 151- 164.
- Schneider, Volker (2001): Sozialarbeit zwischen Politik und professionellen Auftrag: Hat Sie ein politisches Mandat? In: Merten, Roland (Hg.) (2001<sup>a</sup>): 27-40.
- Sorg, Richard (2001): Annäherungen an die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat. In: Merten, Roland (Hg.) (2001<sup>a</sup>): 41-54.
- Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Das fachliche Selbstverständnis Sozialer Arbeit - Wege aus der Bescheidenheit als „Human Rights Profession“. In: Wendt, Wolf Rainer (Hg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses. Beruf und Identität. Freiburg. 57-104